



An die Medien

Mit Bitte um Veröffentlichung

**Ohne Wasser läuft nichts
SGV: Frankfurt muss für neue Bauvorhaben Eigenversorgung
nachweisen**

Mit großem PR-Aufwand hat der Magistrat seine jüngsten Pläne für einen neuen Stadtteil im Nordwesten Frankfurts vorgestellt. Im Endausbau sollen beiderseits der A5 zusätzlich bis zu 30.000 Menschen wohnen. Damit setzt Frankfurt nach den Projekten Riedberg, Main-Tor-Viertel u.a.m. seine Politik des möglichst ungebremsten Wachstums fort. Dass dies zu Lasten des Umlandes mit seinen kleinen Städten und Dörfern geht, stört die Koalition aus CDU, SPD und Grüne im Römer wohl nicht weiter. Das Wettrennen mit anderen Ballungsräumen um prestigeträchtige Größe hat hier offensichtlich Vorrang.

Grundvoraussetzung für alle Frankfurter Bauplanungen wäre allerdings eine sichere und ökologisch vertretbare Wasserversorgung – und die ist mit den aktuellen Systemen künftig nicht mehr machbar. Was die Stadtregierung offensichtlich nicht weiter kümmert: geradezu willentlich ignoriert sie die Probleme um die Wasserbeschaffung für Rhein-Main, die sich in den letzten Jahren erheblich verschärft haben. Die Schutzgemeinschaft Vogelsberg e.V. (SGV) weist den Ballungsraum schon seit längerem darauf hin, dass er künftig mit weniger Fernwasser aus dem ländlichen Raum zurechtkommen muss, da die Grundwasserneubildung teilweise dramatisch abnimmt. Ernsthaft darauf reagiert haben Frankfurts Obere darauf bislang nicht. Anscheinend hoffen sie, dass die Hessenwasser GmbH & Co. KG, an die sie die Frankfurter Brunnen verkauft haben, schon irgendwie ausreichend Wasser zu einem möglichst niedrigen Preis herbeischaffen wird.

Dieses Verhalten entspricht nicht den gesetzlichen Vorgaben für eine kommunale Daseinsvorsorge und für eine ortsnahe Wassergewinnung. Ganz im Gegenteil müsste Frankfurt als Grundlage für alle Planungen den Nachweis erbringen, dass die Stadt die neuen Baugebiete langfristig sicher und selbst mit Wasser versorgen kann. Da aus den Fernwassergewinnungsgebieten z.B. des Vogelsberges und des Burgwaldes künftig besonders in verbrauchsintensiven Trockenzeiten weniger Grundwasser fließen wird, und da eine gesteigerte Abhängigkeit von Fernwasser für alle Beteiligte fatal sein kann, muss Frankfurt in Zukunft zunehmend eigene

Datum 12.06.2017

Ihr Schreiben
Ihr Aktenzeichen

SGV Geschäftsstelle
Goethestr. 4
63679 Schotten
Tel. 0170/2037091
info@sgv-ev.de
www.sgv-ev.de

Vorsitzende
Cécile Hahn

2. Vorsitzender
Heiko Stock

Schriftführer
Walter Pfeifer

Schatzmeister
Peter Weiß

Beisitzer
Gudrun Huber-Kreuzer
Matthias Kalkhof
Beate Werm
Gabriele Geiß

Ressourcen nutzen. Dies ist in diesem wasserreichen Gebiet zwischen Main und Rhein technisch durchaus machbar. So wäre es z.B. ein Leichtes gewesen, im Main-Tor-Viertel, direkt am Fluss gelegen, die WC-Spülungen mit Mainwasser zu versorgen. Doch trotz aller Aufforderungen der SGV zum Trinkwasserverzicht waren die städtischen Ämter nicht willens, hier die entsprechende Infrastruktur zu schaffen, und so fließt kostbares Grundwasser durch die Toiletten.

Mit dieser besorgniserregenden Sorglosigkeit gegenüber den klimatisch bedingt wachsenden Wasserproblemen muss jetzt Schluss sein. Für die aktuellen und künftigen Planungen muss die Frankfurter Politik endlich ihre Verantwortung für die städtische Wasserversorgung nach §30 Hessisches Wassergesetz wahrnehmen. Sie muss wieder Zugriff auf die ehemals städtischen Brunnen bekommen, und diese verstärkt nutzen und schützen. Ohne den Nachweis, dass die Stadt neue Baugebiete mangels Fernwasser künftig aus eigenen Ressourcen versorgen kann, muss das Regierungspräsidium Darmstadt z.B. den Plänen für den neuen Nord-West-Stadtteil eine Absage erteilen. Da es in Frankfurt bekanntermaßen schlecht um den Grundwasserschutz bestellt ist, schlägt die SGV erneut vor, alle Neubaugebiete im Rhein-Main-Gebiet künftig mit einem doppelten Versorgungsnetz zu erschließen. Trinkwasser durch die WCs rauschen zu lassen muss der Vergangenheit angehören.

Die SGV bietet ihrerseits der Frankfurter Stadtpolitik erneut an, in einen Dialog einzutreten, an dessen Ende eine gestärkte Eigenversorgung Frankfurts mit Wasser aus eigenen Ressourcen stehen sollte. Sie wird weiterhin den zuständigen Genehmigungsbehörden klar machen, dass die Frankfurter Wasserversorgung ohne ein Reformieren des Versorgungssystems keine größeren Neuansiedlungen mehr zulässt. Wie auch die Landtagsdiskussion am 31.5. um die Wasserversorgung Rhein-Main gezeigt hat, spitzen sich die Wasserprobleme zu, so dass der Handlungsbedarf groß ist. Ein 'Weiter so wie bisher' kann es jedenfalls nicht mehr geben.

Cécile Hahn, 1. Vorsitzende SGV